



**DIE GRÜNEN  
im Freiburger  
Gemeinderat**



FRAKTION IM FREIBURGER GEMEINDERAT

links.  
ökologisch.  
feministisch.

Freiburg Lebenswert

Herrn  
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an [hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de](mailto:hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

Freiburg, 25.5.2020

**Ausbau von Gymnasien; hier: Standortentscheidung für ein weiteres Gymnasium, Drucksache G-20/053**

**Änderungsantrag zu TOP 25 der Gemeinderatssitzung am 26./27.5.2020**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen die nachfolgende Änderung des Beschlussvorschlags, Ziffer 2 sowie Ergänzungen mit der Ziffer 3-5. Zum besseren Verständnis haben wir kurziv die Änderungen zum Verwaltungsvorschlag als Kommentar beigefügt:

2. Der Gemeinderat beschließt gemäß Drucksache G-20/053 den Bau *einer weiterführenden Schule (auf Basis des Flächenbedarfs eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe)* bevorzugt am Standort Freiburg-Tuniberg. Der genaue Standort wird im noch vorzulegenden Rahmenplan Tuniberg präzisiert.
3. *Im Zuge der regionalen Schulentwicklungsplanung gemeinsam mit den Nachbarlandkreisen das Potenzial einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe zu erheben und im Schulausschuss darzustellen,*
4. *Das Thema Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe zeitnah auf die Tagesordnung des Schulausschusses zu setzen. Hierbei sollen Schulpraktiker\*innen von Gemeinschaftsschulen (bevorzugt mit gymnasialer Oberstufe) über ihren Schulalltag und ihre Arbeit berichten. Folgende Schulen aus dem Schulamtsbezirk Freiburg sollten eingeladen werden: Alemannenschule Wutöschingen, Jengerschule Ehrenkirchen, Vigeliusschule II Freiburg, Hebelschule Schliengen sowie das Staatliche Schulamt (Hr. Rees als Ansprechpartner). Schön wäre, wenn die Gebhardtschule aus Konstanz ebenfalls präsentiert oder gar vertreten wäre, da diese bereits eine gymnasiale Oberstufe hat.*
5. *Die Stadtverwaltung führt am Tuniberg einen Bürgerbeteiligungs- und Bürgerplanungsprozess durch. Hierbei soll mit Schulpraktiker\*innen (s. Beispiele aus Punkt 3) über die Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe informiert und die Bevölkerung in die weitere Planung einbezogen werden. Die Verwaltung wird gebeten, hierfür zeitnah ein Konzept zu erstellen und dem Schulausschuss zu präsentieren. Ein geeignetes Beteiligungsverfahren könnte eine Planungszelle mit der Erarbeitung eines sogenannten „Bürgergutachtens“ sein.*

### Begründung:

Mit jeder neuen Schule stellen wir die Weichen für unsere künftige Bildungspolitik. Ein Bildungssystem muss allen Schüler\*innen Regelstandards und Kompetenzen vermitteln, Bildungsgerechtigkeit leben sowie Persönlichkeitsentwicklung fördern. Nur, wenn diese drei Dimensionen berücksichtigt werden, entsteht eine zukunftsfähige Schule als Lern- und Lebensort. Ihre Konzeption sollte gut durchdacht und nachhaltig im Sinne aller Kinder sein.

Da sich der Neubau der geplanten Schule noch im Anfangsstadium befindet, verbleibt uns genügend Zeit, über die genaue Ausgestaltung der geplanten, weiterführenden Schule am Standort Tuniberg zu sprechen. Sich bereits jetzt auf ein Gymnasium als Schulform festzulegen, sehen wir als verfrüht und kritisch.

Stattdessen befürworten wir eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe, denn Gemeinschaftsschulen haben im Vergleich zu Gymnasien den großen Vorteil, dass alle Abschlüsse an einer Schule angeboten und Schüler\*innen nach ihren individuellen Stärken gefördert werden. Beispiele aus Baden-Württemberg (u.a. Konstanz), zeigen, dass das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule kein Experiment mit ungewissem Ausgang ist, sondern ein erfolgreich erprobter Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, bei dem jedes Kind seine Talente nutzen kann, um eine bestmögliche Leistungsentwicklung zu erreichen.

Schüler\*innen und Eltern profitieren gleichermaßen von dieser Vielfalt unter einem Dach: Durch ihre Flexibilität bietet eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe für unterschiedliche Kinder und Jugendliche eine schulische Heimat. Die Schulwege verkürzen sich, und Familien werden durch das integrierte Konzept der Ganztageschule, bei dem u.a. die Hausaufgaben an der Schule erledigt werden, maßgeblich entlastet. Zusätzlich wird der Bedarf gedeckt, das Abitur innerhalb von neun Jahren zu erwerben, was von Schüler\*innen und Eltern vielfach gewünscht wird. Mit Blick auf die bestehenden Gemeinschaftsschulen im Schulamtsbezirk Freiburg (Breisach, Ihringen, Ehrenkirchen, March usw.) (alle ohne Oberstufe) birgt eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe am Tuniberg die Chance, auch diesen Schüler\*innen ein Abitur in der gleichen Schulform zu ermöglichen.

Wir würden es daher begrüßen, wenn die Frage der geeigneten Schulart im Rahmen einer Bürgerbeteiligung bearbeitet werden könnte, z.B. könnte hier erstmals auch in Freiburg die etablierte Methode der Planungszelle (vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Planungszelle>) zur Anwendung gelangen.

Mit freundlichen Grüßen,

Nadyne Saint-Cast, stv. Fraktionsvorsitzende B'90/Die Grünen  
Vanessa Carboni, Stadträtin B'90/Die Grünen

Monika Stein, Fraktionsvorsitzende Eine Stadt für Alle  
Angelina Flaig, Stadträtin Eine Stadt für Alle

Dr. Wolf-Dieter Winkler, Stadtrat Freiburg Lebenswert